





## Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein  
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

[www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

# ***Pressemitteilung***

19.05.06

## **Rossmann fordert: Gewerbesteuer muss bleiben**

Die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen muss auch in Zukunft erhalten bleiben. Der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann unterstützt deshalb nachdrücklich die Absicht von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, die Gewerbesteuer allenfalls differenziert fortzuentwickeln: „Der Finanzminister ist gut beraten, dem ständigen Drängen der CDU/CSU nach Abschaffung der Gewerbesteuer im Rahmen der Unternehmenssteuerreform nicht nachzugeben.“ Immerhin sei die Gewerbesteuer nach der letzten Reform stabilisiert worden und würde derzeit den Städten und Gemeinden so viel einbringen wie nie zuvor. Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer ist im Jahr 2005 auf 31 Milliarden € in Deutschland gestiegen. Rossmann: „Dies brauchen die Kommunen aber auch, um ihre Haushalte zu sanieren und

gleichzeitig leistungsfähig bei Investitionen für Arbeitsplätze und den Erhalt und der Pflege der Infrastruktur zu sein.“

Statt einer Abschaffung der Gewerbesteuer sei es wichtig, so der SPD-Politiker, die Gewerbesteuer im Sinne der Kommunen noch weiter auszudehnen und damit auch zu stabilisieren. Mit der Heranziehung von Zinsen, Pachten und Leasingraten, wie jüngst auch vom Hamburger Finanzsenator Dr. Wolfgang Peiner vorgeschlagen und der Ausdehnung auf Freiberufler und Selbständige könnte die Bemessungsgrundlage zudem stabilisiert werden. Rossmann sieht sich in seinem Einsatz für die Gewerbesteuer auch durch die zahlreichen Gespräche mit den Bürgermeistern im Kreis Pinneberg bestätigt. „Die letzte Reform der Gewerbesteuer unter Rot-Grün hat schon erheblich zur Festigung dieser wichtigen kommunalen Finanzquelle beigetragen. Hieran müssen alle vernünftigen Kräfte in der Großen Koalition auch für die Zukunft anknüpfen“, so der Abgeordnete.